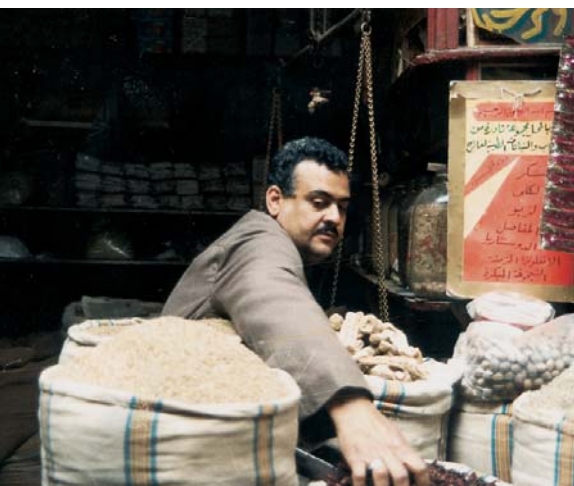




Wirtschaftsreform und ‚good governance‘: Eine Herausforderung für arabische Länder

Gute Regierungsführung ist laut UN Generalsekretär Kofi Annan eines der wichtigsten Mittel im Kampf gegen die Armut und für eine nachhaltige menschliche Entwicklung. Aber die einzelnen Bestandteile guter Regierungsführung (d.h. Rechenschaft seitens des Staates, rechtsstaatliche Institutionen, Partizipation und eine effektive öffentliche Verwaltung) sind in vielen Ländern nur schwach entwickelt. Besonders im arabischen Raum gibt es erhebliche Defizite. Außerdem stellen die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtstrukturen in dieser Region auch ein Problem für die Entwicklungszusammenarbeit dar.

Am ZEF wurde kürzlich eine vergleichende Studie durchgeführt, die sich mit den Beteiligungsmöglichkeiten in Gesetzgebungsverfahren zu wirtschaftlichen Reformen in Marokko, Jordanien und Ägypten befasst hat. In Zusammenarbeit mit dem „Economic Research Forum“ in Kairo und mittels drei interdisziplinären Forschungsteams in diesen Ländern wurden die Rollen der Exekutive, der Parlamente und der Zivilgesellschaft analysiert.



Der Privatsektor in arabischen Ländern besteht meist aus Kleinunternehmern.

Schlussfolgerungen

Probleme im politisch-ökonomischen Bereich:

- Die untersuchten Länder leiden unter einer schwachen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, nicht zuletzt durch ein gering entwickeltes Humankapital.
- Die Wirtschaftsstrukturen in den drei Ländern sind trotz neoliberaler Reformpakete nur teilweise liberalisiert worden. Besonders problematisch sind staatliche und private Monopole, die die Wirtschaftspolitik undurchsichtig machen.
- Der Privatsektor, der hauptsächlich aus zahlreichen informellen Mikro- und Kleinunternehmen besteht, leidet unter Produktivitätsmangel und politisch-organisatorischen Schwächen. So wird das öffentliche Leben von persönlichen, anstatt von kollektiven Beziehungen gekennzeichnet.
- Eine direkte Einmischung der Staatsoberhäupter in die Wirtschaftspolitik beschleunigt die Reformprozesse zwar, aber die Nachhaltigkeit dieser Reformen ist fraglich. Es hat sich eine Koalition von Bürokraten und wirtschaftlichen Akteuren gebildet, die sich Reformen störrisch widersetzt. Außerdem profitiert sie von der Überregulierung in manchen Sektoren und/oder von fehlender Regulierung in anderen Bereichen.
- Sparmaßnahmen und fehlgeleitete Beschäftigungs- und Investitionsausgaben resultieren in eine ungleiche Verteilung sozialer Leistungen. Dies wiederum verursacht eine soziale Polarisierung.

Mangelnde Partizipation:

- Die Exekutive ist mit den Reformen überfordert. Informelle oder kurzfristige Lösungen, wie spezielle Industriezonen oder ministeriale

Editorial

Wem gehört das Land?

Kann eine Gesellschaft es sich leisten, Landbesitzer frei entscheiden zu lassen wie sie ihr Land nutzen? Aber wenn nun diese Besitzer ihr Land als reines Kapital ansehen, das bei Bedarf verbraucht wird? Einige Ökonomen könnten argumentieren, dass diese Sichtweise legitim sei und Land das Gleiche sei wie das Getreide, das man darauf pflanzt oder das Vieh, das es ernährt. Diese Sichtweise lässt aber die Doppelfunktion, die Land erfüllt, außer Acht: Land liefert sowohl Güter wie auch Dienstleistungen für das Ökosystem, wodurch sowohl private als auch öffentliche Belange betroffen sind. Bei der Verteilung der Landnutzung sollten diese privaten und gesellschaftlichen Interessen abgewogen werden. Hierfür ist ein Dialog zwischen Landbesitzern und Interessengruppen erforderlich. In westlichen Gesellschaften – mit sehr intensiven Landwirtschaftssystemen – ist dieser Dialog im vollen Gang. Den Bauern wurde klar gemacht, dass der Anspruch auf hochwertigen Boden und hochwertiges Grundwasser der Zuführung von Nährstoffen Grenzen setzt. Ein solcher Dialog ist auch mit den Bauern in Entwicklungsländern notwendig. Ein Beispiel dafür ist Äthiopien, wie in dieser ZEF news dargestellt.

Zur Zeit fehlen adäquate Mittel, um die Kosten und den Gewinn derzeitiger und zukünftiger Ökosystemgüter und -leistungen gegeneinander ab zu wägen. Daher wäre es besser, auf Erhalt der Ökosysteme zu setzen, auch wenn die Gesellschaft dafür zahlen muss. Die Schädigung von – vor allem fragilen – Ökosystemen würde der Gesellschaft aber auf Dauer mehr kosten. ■ Paul Vlek

Der Autor ist Geschäftsführender Direktor des ZEF.

► **Wirtschaftsreform und ‚good governance‘:**
Eine Herausforderung für arabische Länder

Beratungsbüros, die für eine Ankurbelung der Reformprozesse gegründet wurden, ergeben eine institutionelle Intransparenz.

- Die Opposition wird von den Staatschefs schwach gehalten. Dies geschieht durch bestimmte Wahlsysteme (wie in Jordanien und Ägypten), freiheitseinschränkende Regulierungen (wie in Ägypten) oder durch die Einbindung der Opposition auf eine Art und Weise, die auf Kosten ihrer Glaubwürdigkeit geht (wie in Marokko).
- Parlamente, die unzählige Wirtschaftsgesetze ausarbeiten und verabschieden müssen, sind technisch-administrativ überfordert und politisch unterfordert. So sind sie im Gesetzgebungsprozess weder in der Lage, die Interessen verschiedener Gruppen zu vertreten, noch schaffen sie es, die Auswirkungen der Wirtschaftsgesetze auf den Markt zu überprüfen. Nur in wenigen Fällen (z.B. in Arbeits- oder Familiengesetzen) ist das Parlament relativ rege.
- Parlamente haben als legislative Institutionen in den drei Ländern einen schlechten Ruf. Um dies zu ändern wären viele Verbesserungen auf dem Gebiet der Wahlsysteme und -rechte sowie eine stärkere Rolle politischer Parteien notwendig.
- In den arabischen Ländern ist die Anzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen (besonders Unternehmerverbände, Lobbygruppierungen und Entwicklungsorganisationen) in den letzten Jahren stark gewachsen. Obwohl sie die Landschaft bereits existierender staatsnaher Verbände und Gewerkschaften scheinbar pluralistischer machen, sind sie – besonders in Ägypten und Jordanien – meist schlecht organisiert und politisch zurückhaltend.
- Für viele politische Akteure fehlt der Anreiz, ihre in der Verfassung verankerten politischen Rechte und Funktionen durchzusetzen. Dies bildet ein wiederkehrendes Problem bei der Implementierung von Regierungsprogrammen. Außerdem reichen die technischen, administrativen und politischen Kompetenzen verschiedener Akteure meist nicht aus, um mit komplexen politisch-ökonomischen Reformprozessen partizipativ umzugehen.

Mangelnde Informations- und Wissensbasis:

- Für eine aktive Beteiligung an Gesetzgebungsverfahren brauchen die Akteure eine



Viele zivilgesellschaftliche Organisationen sind schlecht organisiert und politisch zurückhaltend.

breite Informations- und Wissensbasis. Aber auch Kompetenzen in der Datensammlung und in der Entwicklung von Indikatoren, Szenarien und Handlungsoptionen sind erforderlich. Diese Kompetenzen entstehen nur durch ein gut funktionierendes Netzwerk von Politik, Markt- und Forschungsinstitutionen. Genau das fehlt aber in den drei Ländern, trotz einer ermutigenden Entwicklung zahlreicher Informations- und Wissensstrukturen.

- Die wachsende Zahl von privaten ökonomischen Akteuren (ob lokal oder international) in den betroffenen Ländern hat zu einer verstärkten Nachfrage nach akkuraten Wirtschaftsinformationen geführt. Diese Nachfrage kann jedoch nicht gedeckt werden, da die vielen kleinen und informellen Familienunternehmen, eine hohe Analphabetenrate und die schlechte Bildungsqualität sich negativ auf die Verfügbarkeit von Informationen und Wissen auswirken.
- Die Medien spielen eine sehr wichtige Rolle als Informations- und Wissensvermittler. Es mangelt jedoch an transparenten Managementstrukturen, wodurch die Medien leicht von der Wirtschaftselite und der Politik korrumpiert werden können.

Empfehlungen

Die wirtschaftliche Liberalisierung der arabischen Länder kann nicht nur am Erlass liberaler Wirtschaftsgesetze und dem Unterzeichnen von Handelsabkommen gemessen werden. Für einen freien, fairen und wettbewerbsfreundigen Binnenmarkt in diesen Ländern gibt es noch viel zu tun.

Es ist dringend notwendig, die Produktivität von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu fördern. Aber auch die Transparenz über die Transaktionskosten dieser Unternehmen, insbesondere im Bereich des Marketings

und der Arbeits- und Sozialversicherungsverträge, muss verbessert werden. Nur so kann der Markteffekt unterschiedlicher liberaler Gesetze besser eingeschätzt werden.

Politisch stellen fehlende oder mangelhafte Gesetze für die freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit immer noch ein großes Hindernis in den drei Ländern dar. Auch hier müssen liberale Gesetze nicht nur erlassen, sondern auch umgesetzt werden.

Es ist notwendig, Konsensbildende und Konflikt lindernde Mechanismen zu fördern. Verschiedene bereits existierende Institutionen wie beispielsweise der Politikrat der regierenden Partei und Nationalräte für Menschenrechte und Frauen in Ägypten, konsultative Wirtschaftsräte in Jordanien und das Sozialdialog-Forum in Marokko sollten verstärkt werden.

Auf der Ebene der Partnerschaft mit Gesetzgebungsakteuren empfiehlt sich der weitere Austausch zwischen europäischen und arabischen Parlamentariern. Auf parlamentarischer Ebene könnte außerdem ein unabhängiges Forum zur Beratung der arabischen Parlamentarier in den drei Ländern ins Leben gerufen werden.

Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft (z.B. mit Unternehmerverbänden und Forschungsinstituten), im Rahmen der EU-MEDA Partnerschaft sollten mittels entsprechender Gremien verbessert werden. Auch müssen die arabischen Partner sich stärker mit anderen lokalen und weniger kosmopolitischen Zivilgesellschaften vernetzen können. Nur dann sickern die gewonnenen Kompetenzen nach unten, damit nicht nur elitäre Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft entstehen. Ein europäisch-arabisches Journalistengremium kann sich mit der Informations- und Wissensgesellschaft befassen und Lösungskonzepte erarbeiten. Dieses Gremium könnte außerdem mit der neu gegründeten europäisch-arabischen Handelskammer kooperieren. ■ Noha El-Mikawy

Die Autorin war bis Anfang 2005 Senior Researcher am ZEF. Zur Zeit ist sie Projektleiterin und Governance Policy Advisor bei der UNDP SURF-AS in Beirut. Weitere Informationen sind auf der Homepage www.zef.de zu finden.

Die Studie wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert.

Wer bekämpft wen? Der Konflikt in Darfur

In der weltweiten Berichterstattung wird der Konflikt in Darfur als ein Rassenkonflikt zwischen Arabern und Afrikanern dargestellt. Dabei wird die sudanesisische Regierung oft beschuldigt, die arabischen Janjaweed-Milizen zu bewaffnen um wahllos schwarze Zivilisten zu töten. Auch wird die Regierung des Völkermordes bezichtigt. Trotz dieser regen Berichterstattung haben wir bisher jedoch nur wenig über die Hintergründe des Konflikts in Darfur erfahren. Dieser Artikel soll einen Beitrag dazu leisten, diese Lücke zu schließen und skizziert die Geschichte und die zentralen Ursachen des Konflikts.

Zwar gehören die Konfliktparteien in Darfur unterschiedlichen ethnischen Gruppen an, doch sind die Interessen nicht ethnisch geprägt. Vielmehr handelt es sich um einen Konflikt über den Zugang zu Land und Wasser, der mit einer rassistischen Rhetorik unterlegt wird.

Für die Entwicklung der Region Darfur unternahm die sudanesisische Regierung unter al-Bashir bisher wenig. Der Bürgerkrieg im Süden verschlang die meisten Ressourcen. In der Hoffnung, finanzielle Engpässe zu überwinden, richtete die Regierung ihre Anstrengungen hauptsächlich auf Ausbeutung und Export von Erdöl. Das einzige größere Entwicklungsprojekt in der Region zielte darauf ab, Darfur mit Zentral-Sudan und Khartum zu

verbinden. Dieses weitgehend von lokalen Initiativen finanzierte Projekt wurde wegen Korruptionsvorwürfen gestoppt.

2001 führte Stammesführer Abdel Wahed Mohamed al-Nur aus der Region Darfur eine Gruppe an und plante eine bewaffnete Rebellion gegen die Regierung. Er überzeugte die Milizen anderer Stämme aus Darfur, sich seinem Kampf anzuschließen. Anfangs spielte die Regierung die Bedeutung dieser Gruppierung herunter. Erst 2003 begann eine der Rebellen-Gruppen, die SLA (Sudan Liberation Army), mit Guerilla-Operationen. Die Regierung antwortete mit der Bombardierung der Rebellen und rief örtliche Stämme auf, die Rebellion niederzuschlagen. Offensichtlich sahen eifrige Rekruten der arabischen Nomaden hierin eine Gelegenheit, sich Land und Vieh anzueignen, und das unter der Flagge staatlich sanktionierter militärischer Operationen.

Der Krieg in Darfur scheint daher eher ein Konflikt zwischen politischen Eliten zu sein, die rücksichtslos große Mengen an wirtschaftlichen Ressourcen anhäufen. Die Bevölkerungsmehrheit wurde manipuliert. Ethische Vorurteile unter ihnen wurden geschürt, damit sie kämpfen und Gräueltaten begehen. Zur Verantwortung jeder Regierung gehört es jedoch, solche Milizen zu entwaffnen und denjenigen staatlichen Institutionen Macht

zu verleihen, die mit der Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung betraut sind. Während auf der humanitären Seite inzwischen zwar Fortschritte erzielt wurden, bewegt sich bei der Entwaffnung der Milizen nichts. Ursprünglich verleugneten sudanesisische Regierungsvertreter die Existenz der Janjaweed-Milizen, später gaben sie deren Existenz ebenso zu wie die Probleme, die sich bei der Entwaffnung dieser Milizen stellten.

Da die sudanesisische Regierung inzwischen Teil des Konflikts geworden ist, kann dieser nicht mehr auf dem traditionellen Wege der Schlichtung durch Stammesälteste gelöst werden.

Auch die beiden bedeutendsten Guerillagruppierungen, die SLA und die JEM (Justice and Equality Movement) genießen keine internationale Glaubwürdigkeit als Verhandlungspartner, denn sie bieten keine konstruktiven Lösungen oder langfristigen Strategien an. Stattdessen betonen die Rebellengruppen immer wieder die Diskriminierung der gesamten Region als Kriegsgrund.

Die Weltöffentlichkeit hat sich erst sehr spät und langsam dem eskalierenden Konflikt gewidmet, sie war 2003 offensichtlich zu stark mit dem Irak beschäftigt. Auch der vom Tschad im September 2003 vermittelte Waffenstillstand scheiterte: Er hielt nur 45 Tage. Für eine langfristige Lösung des Konflikts wird die internationale Gemeinschaft also jetzt agieren und, vertreten durch die Vereinten Nationen, den „Ajawid“ (Mediator) spielen müssen. Den bisherigen Versprechungen der internationalen Gemeinschaft sollten konkrete Taten folgen. Die Entsendung der Friedenstruppen der Afrikanischen Union (AU) nach Darfur ist ein erster Schritt, der unterstützt werden muss. Friedenssicherung ist aber politisches Neuland für die AU, zudem fehlen ihr die logistischen Kapazitäten. Bei einer Region von der Größe Frankreichs stehen den AU-Truppen nur wenige Fahrzeuge für den Überland-Transport zur Verfügung, und die einzige brauchbare Computerausrüstung, die sie für die Kommunikation erhielten, kam mit Software und Anleitungen in deutscher Sprache, die kein Afrikaner dort versteht. ■

Khalid Y. Khalafalla.

Der Autor war bis Anfang 2005 Researcher am ZEF.

Eine ausführliche Fassung des Artikels erschien in APuZ 04/2005: http://www.bpb.de/publikationen/J24IUN,0,0,Der_Konflikt_in_Darfur.html



Darfur: Die Spuren des Krieges.

Neu ist nicht immer besser: Bodendegradierung in Äthiopien

Eine vom ZEF durchgeführte Vergleichsstudie über umgesiedelte und traditionelle Bauern im äthiopischen Hochland zeigt, dass letztere bessere Ergebnisse beim Schutz der Böden erzielen.

Obwohl Erosion und Nährstoffabbau weithin als ernste Probleme in Afrika betrachtet werden, weiß man wenig über Unterschiede zwischen Anbausystemen. Die Landwirtschaft, ein Schlüsselsektor der äthiopischen Wirtschaft, bildet die Lebensgrundlage für über 85 % der geschätzten 70 Millionen Einwohner. Auf das äthiopische Hochland entfallen derzeit 88 % der Bevölkerung und mehr als 90 % der landwirtschaftlichen Produktion. Die Bevölkerung wird sich voraussichtlich in 25 Jahren verdoppeln. Die Landwirtschaft steht einer immer größeren Herausforderung gegenüber, die Ernährungssicherheit zu gewährleisten.

Die steigende Bevölkerungsdichte in Verbindung mit Rodungen für die Landwirtschaft hat den auf ursprünglich 40 % geschätzten Waldanteil auf 2,7 % reduziert. Dies hat außerdem zu schwerer Bodendegradierung geführt, die die Agrarökosysteme destabilisiert. Am stärksten betroffen ist das nördliche und zentrale Hochland, wo jährlich schätzungsweise 42 Tonnen fruchtbaren Bodens pro Hektar bewirtschafteten Landes erodiert werden. Ein beträchtlicher Flächenanteil in diesen Regionen hat sein Produktionspotential eingebüßt, und in manchen Gegenden ist die Degradierung irreversibel.

Um den Nutzungsdruck im degradierten Hochland zu verringern, hat die Regierung

beschlossen, Menschen in das dünn besiedelte südwestliche Hochland umzusiedeln. In den letzten Jahrzehnten wurden einige Tausend Haushalte in das südwestliche Hochland umgesiedelt. Das ZEF hat, in Zusammenarbeit mit EARO (Ethiopian Agricultural Research Organization) und mit finanzieller Unterstützung durch den DAAD eine Studie in einem dieser Umsiedlungsgebiete durchgeführt. Ziel war, die Auswirkungen der Umsiedlungen auf die natürlichen Ressourcen zu untersuchen. Die Studie untersuchte die biophysikalischen Prozesse der Ressourcendegradierung, das Bewusstsein der Bauern dafür sowie die Anpassungsstrategien, die sie entwickelten. Die Studie basiert auf vergleichenden Erhebungen und Analysen zweier Anbausysteme: von den Siedlern eingeführter, extensiver Getreideanbau sowie traditionelle, intensive Dauerkulturen. Ziel der Studie war, Anleitungen zur nachhaltigen Landnutzung für politische Entscheidungen vor Ort zur Verfügung zu stellen. Daten, die aus einem panchromatischen Luftbild von 1967 und Satellitenbildern (Landsat) von 1987 und 2001 abgeleitet wurden, verdeutlichen, dass die Landnutzungs- und -bedeckungsveränderungen schwerwiegend sind und dynamischer in Gebieten mit dem neu eingeführten Anbausystem als in denjenigen mit den traditionellen Kaffee-Anbausystemen. Während die bewirtschaftete Fläche im tradi-



Stark degradierte Kulturlandschaft in Tigray, Nord-Äthiopien.



Umsiedlungen und die Ausdehnung der Bewirtschaftung gefährden die Bergwälder in Südwest-Äthiopien.

tionellen Kaffeesystem um 27 ha jährlich zunimmt, von denen 15 ha auf Kosten des natürlichen Waldes gehen, sind es im neu eingeführten System 42 ha bzw. 27 ha. Diese Entwaldungsrate ist alarmierend und verlangt nach einer genaueren Überprüfung sowie einer Anpassung der Politik.

Unter Ausnutzung der Strahlung von Cäsium-Isotopen (^{137}Cs) aus Atomtests in den 60er Jahren, die in der Biomasse enthalten sind, wurde eine Chronosequenz von Feldern im Umsiedlungsgebiet um Shomba untersucht und mit Feldern des Kaffeeanbaugesbietes Michiti verglichen. Die Ergebnisse aus dem Umsiedlungsgebiet weisen eine gute Korrelation zwischen dem Verlust an ^{137}Cs und der Bewirtschaftungszeit auf, was auf eine sich mit der Zeit fortsetzende Erosion hindeutet. Die Daten zeigen weiterhin, dass ^{137}Cs , und damit Bodenmaterial, in den oberen Hangbereichen abgetragen und am Hangfuß akkumuliert wird. Ein Vergleich der Erosionsrate zweier älterer Felder (Bewirtschaftungszeit ca. 60 Jahre) ergab einen dreifach höheren Bodenabtrag in den getreidebasierten Anbausystemen der Siedler ($20\text{--}30\text{ t ha}^{-1}\text{ a}^{-1}$) als in den kaffeebasierten Systemen der ursprünglichen Bevölkerung ($5\text{--}8\text{ t ha}^{-1}\text{ a}^{-1}$). Die von den Siedlern eingeführten Anbausysteme haben also eine stärkere erosive Wirkung als die traditionell in der Region angewandten. Dies könnte politische Implikationen haben.

Im zweiten Teil der Studie wurden Nährstoffverluste untersucht. Die umfangreiche Beprobung und Analyse der Oberböden ($0\text{--}30\text{ cm}$) ergab, dass die Bodenfruchtbarkeit in den neu besiedelten Gebieten mit zunehmender Bewirtschaftungsdauer zurückging, besonders

im ersten Jahrzehnt. Nach ungefähr 60 Jahren hatte die Bodenfruchtbarkeit in den getreidebasierten Systemen mit einem Rückgang der meisten Nährstoffe um 11–40 % weitaus stärker abgenommen als in den Dauerkultursystemen. Diese hatten lediglich einen vernachlässigbaren Einfluss auf den Nährstoffgehalt der Böden, was auf einen hervorragenden Nährstoffkreislauf durch die Vegetation schließen lässt.

Schließlich wurde untersucht, wie die Bauer die Situation wahrnehmen. Erosionsprobleme wurden von einer Mehrheit der Siedler (68 %), jedoch lediglich von einer Minderheit der traditionellen Bauern (33 %) wahrgenommen. Dies stimmt mit dem tatsächlichen Ausmaß der Erosionsproblematik in den Anbausystemen überein. Interessanterweise ist das Bewusstsein für den Rückgang der Bodenfruchtbarkeit bei Siedlern und ursprünglichen Bewohnern gleich hoch (70–80 %), obwohl

dieses Problem hauptsächlich die Siedler betrifft. Um die wichtigsten sozialen und biophysikalischen Faktoren zu erklären, die das Bewusstsein bestimmen, das Bauern von der Bodendegradierung haben, wurde eine logistische Regression verwendet. Das Problembewusstsein bezüglich der Bodenerosion ist offensichtlich von der Erfahrung mit und Teilnahme an Anti-Erosions-Programmen abhängig. Der Hauptindikator für den Nährstoffabbau scheint für die Bauern dagegen der Produktionsrückgang zu sein.

Bauern in beiden Gebieten machen ähnliche Beobachtungen über die Ursachen der Bodendegradierung und berichten von den gleichen Hauptmaßnahmen, sie zu verhindern. Das Bewusstsein der Bauern für Bodendegradierung hängt nicht allein von dem verwendeten Anbausystem ab, sondern ebenfalls von Topographie, Alphabetisierung, Zugang zu Informationen, Sicherheit der Besitzansprüche

und Ausbildung und Teilnahme an Boden- und Wasserschutzprogrammen. Aber auch wenn sie über ausreichendes Wissen verfügen, sind ihre Handlungsmöglichkeiten durch Mangel an geeigneten Technologien und Erfahrungen sowie durch einen Mangel an Arbeitskraft ernsthaft eingeschränkt.

Diese Ergebnisse stellen den Sinn des Umsiedlungsprogramms in Frage. Das Programm könnte in den Zielgebieten eher eine Bedrohung als eine Lösung der Landdegradierungsproblematik darstellen. Besonders dann, wenn den Siedlergemeinschaften kein besseres Know How und adäquate Technologien vermittelt werden, um ihre neue Umwelt nachhaltig zu nutzen. ■

Merkuria Argaw und Paul Vlek.

Merkuria Argaw hat seine Dissertation am ZEF absolviert, Paul Vlek war sein Doktorvater.

Publikationen

- Baar, R., M.R. Cordeiro, M. Denich und H. Fölster (2004): „Floristic inventory of secondary vegetation in agricultural systems of East-Amazonia“, in: *Biodiversity and Conservation* 13: 501 – 528.
- Braimoh, A.K., A. Stein, und P.L.G. Vlek (2005): „Identification and Mapping of Associations among Soil Variables“, in: *Soil Science* 170(2):137–148.
- Denich, M., K. Vielhauer, M. S. de A. Kato, A. Block, O. R. Kato, T. D. de Abreu Sá, W. Lücke und P.L.G. Vlek (2004): „Mechanized land preparation in forest-based fallow systems: The experience from Eastern Amazonia“, in: Nair, P.K.R., M.R. Rao und L.E. Buck (Hrsg.): *New Vistas in Agroforestry: A Compendium for the 1st World Congress of Agroforestry*. Kluwer, Dordrecht, The Netherlands: 91–106.
- El-Mikawy, N. (2005): „Medien im arabischen Raum: Entwicklungen und Entwicklungspolitik“, in: *Medien und Entwicklung: Neue Impulse für die Entwicklungszusammenarbeit*. Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung: 31–36.
- El-Mikawy, N. und Z. Bahaeddin (2004): „Governance and Institutional Issues“, in: *Egypt Country Profile: The Road Ahead for Egypt*. A Femise Network Publication, December: 119–142.
- Engel, S. (2005): „Endogenitäten im partizipativen Ressourcenmanagement: Politökonomische Aspekte des Bewässerungsmanagements in Ghana“, in: *Schriften des Vereins für Socialpolitik* Vol. 303, Zur Bewertung der Entwicklungszusammenarbeit. Duncker und Humblot GmbH, Berlin: 99–126.
- Engel, S., M. Iskandarani und M.d.P. Useche (2005): „Improved water supply in the Ghanaian Volta Basin: Who uses it and who participates in community decision making.“ EPT Discussion Paper No. 129. International Food Policy Research Institute (IFPRI), Washington, DC. <http://www.ifpri.org/divs/eptdp/papers/eptdp129.pdf>
- Engel, S. (2004): „Achieving Environmental Goals in a World of Trade and Hidden Action: The Role of Trade Policies and Eco-Labeling“, in: *Journal of Environmental Economics and Management* 48 (3): 1122–1145.
- Evers, H.-D. (2005): „Global Knowledge: the Epistemic Culture of Development“, in: Riaz, Hassan (Hrsg.): *Local and Global: Social Transformation in Southeast Asia*. Leiden and Boston, Brill: 3–17.
- Evers, H.-D. (2004): „The Global Context of Development Anthropolgy: Social and Cultural Dimensions of Market Expansion“, in: Yasushi Kikuchi (Hrsg.): *Development Anthropology-Beyond Economics*. Quezon City, New Day Publishers: 204–218.
- Gehring, C., S. J. Park und M. Denich (2004): „Liana allometric biomass equations for Amazonian primary and secondary forest“, in: *Forest Ecology and Management* 195 (1-2): 69–83.
- Joras, U. und C. Schetter (2004): „Hidden Ties: Similarities between Policy and Research Approaches to Ethnic Conflicts“, in: Andreas Wimmer, Richard Goldstone, Donald Horowitz, Ulrike Joras und Conrad Schetter (Hrsg.): *Facing Ethnic Conflicts. Towards a New Realism*. Lanham, Rowman & Littlefield: 315–332.
- Khalafalla, K. Y. (2005): „Der Konflikt in Darfur“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 4/2005, Januar 2005: 40–46.
- Ryan, J., P. Vlek and R. Paroda: „Agriculture in Central Asia: Research for Development“, International Center for Agricultural Research in the Dry Areas and ZEF.
- Sauer, J. (2005): „The Optimal Organisation of the Water Supplying Industry – An Economic Perspective“, in: *Journal of Economics and Statistics [Jahrbücher für Nationalökonomie & Statistik]* No. 2, 2005.
- Schetter, C. und S. Schmeidl (2004): „Afghanistan. Aktuelle Situation und Möglichkeiten der Befriedung“, in: Erich Reiter (Hrsg.): *Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik* 2004: 503–522.
- Schetter, C. (2004): „Kriegsfürstentum und Bürgerkriegsökonomien in Afghanistan“, Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik (AIPA) 3. 50 S.
- Schetter, C. (2004): „Afghanistan: Keine Abkürzung zur Demokratie“, in: *E+Z* 45 (11): 405.
- Beck, E., W.G. Behrendsen, M. Boutros, M. Denich, K. Henle, N. Jürgens, M. Kirk und V. Wolters (Hrsg.) (2004): *Sustainable use and conservation of biological diversity – A challenge for society*. Proceedings of the International Symposium Berlin December 1-4, 2003, PT-DLR Environmental Research and Technology, Bonn, 200 S.
- Wimmer, A., R. Goldstone, Donald Horowitz, Ulrike Joras und Conrad Schetter (Hrsg.) (2004): *Facing Ethnic Conflicts. Towards a New Realism*. Lanham: Rowman and Littlefield, 384 S.

Viewpoint

Frauenpower am ZEF: Interview mit der neuen Direktorin der Abteilung ‚Politischer und Kultureller Wandel‘



ZEF news: Frau Gerke – Willkommen im ZEF! Als kleiner Service für diejenigen, die Sie noch nicht kennen: Könnten Sie sich bitte kurz vorstellen?

Solvay Gerke: Ich habe Soziologie in Göttingen, Hamburg und Bielefeld studiert. Während meines Studiums in Hamburg, habe ich angefangen, mich für Südostasien zu interessieren, wobei ich schwerpunktmäßig über Entwicklungsprobleme Indonesiens, Malaysias und Singapurs gearbeitet habe. Nach meinem Magister in Soziologie und Austronesischen Sprachen und Kulturen im Jahr 1985, setzte ich meine Studien und auch meine akademische Karriere mit Schwerpunkt Entwicklungssoziologie an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld fort, bis ich 1997 als Professorin für Südostasienwissenschaft an die Universität Bonn berufen wurde. Ich habe Feldforschungen in Indonesien und Malaysia durchgeführt, an Forschungsinstituten in Malaysia und Singapur gearbeitet und als Dozentin an Universitäten in Indonesien, Malaysia und Vietnam unterrichtet.

Welche akademischen und praktischen Erfahrungen möchten Sie im Rahmen Ihrer Arbeit am ZEF einbringen?

Solvay Gerke: Ich bin Soziologin mit dem Schwerpunkt Entwicklungs- und Kultursociologie sowie Gesellschaftstheorie. Ich habe mich immer für die Auswirkungen von Globalisierung auf die Lebensbedingungen der Menschen in Entwicklungslän-

dern interessiert. Gegenstand der Untersuchungen waren vor allem die Auswirkungen von strukturellen Veränderungen auf der Makroebene – zum Beispiel die Einführung der Marktwirtschaft – und deren Auswirkungen auf die Mikroebene. Dabei habe ich sowohl über globale Konsumkultur und die Entstehung von Mittelschichten gearbeitet, wie über die Umsetzung von Entwicklungsprogrammen zur Armutsbekämpfung. Ein weiterer Schwerpunkt meiner Forschung gilt der Globalisierung von lokalem Wissen. In den letzten zehn Jahren war ich regelmäßig als Gutachterin für nationale und internationale Entwicklungsorganisationen tätig und konnte dabei praktische Erfahrungen sammeln. Ich habe Freunde im BMZ und bei der GTZ, mit denen ich mich regelmäßig austausche.

Wie ist ZEFa Ihrer Meinung nach für die Zukunft aufgestellt und was ist Ihr Eindruck von der Arbeit in der Abteilung?

Solvay Gerke: Die drei Forschungsgruppen von ZEFa arbeiten erfolgreich. Die Gruppe Governance and Conflict hat gerade eine beträchtliche Forschungsförderung von der Volkswagen Stiftung erhalten und Dr. Schetter ist einer der führenden Afghanistan-Experten in Deutschland. Die Gruppe Natural Resources mit Dr. Mollinga bringt sozialwissenschaftliche Expertise in die interdisziplinären Projekte in Usbekistan, in Ghana und zum Kaffee-Projekt in Äthiopien ein. Die Gruppe Culture, Knowledge and Development hat unter der Leitung von Prof. Evers gerade ein großes DFG-Projekt über Knowledge Governance abgeschlossen. Damit haben sich die drei Forschungsgruppen in der internationalen Forschungsarena sehr gut plaziert. ZEFa ist ein unentbehrlicher Teil im interdisziplinären Dreieck von ZEF und hat zum Erfolg der laufenden Forschungsprojekte maßgeblich beigetragen. In allen Bereichen der Entwicklungsforschung, besonders in jenen mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt, wird die Bedeutung sozialwissenschaftlicher Expertise immer stärker erkannt und anerkannt. Somit wird der Beitrag, den

ZEFa in der Erforschung der Auswirkungen globaler Veränderungen leisten wird, noch wichtiger werden.

Welche Schwerpunkte möchten Sie für die künftige Arbeit der Abteilung setzen?

Solvay Gerke: Derzeit arbeite ich, gemeinsam mit Kollegen, an der Entwicklung eines Forschungsprojekts über die Steuerung von kultureller und biologischer Diversität. Das Projekt wird sich mit Entwicklungsmöglichkeiten und -risiken, der Umsetzung von Diversitätspotenzialen zur Armutsreduzierung, sozialer und geschlechtlicher Gleichberechtigung und ökologischer Nachhaltigkeit beschäftigen. Als Professorin für Südostasienwissenschaft und Direktorin des Instituts für Orientalische Sprachen war ich sehr stark in die Lehre und die Betreuung von Magistranden und Doktoranden eingebunden. Auch am ZEF ist „Capacity building“ durch das internationale Doktorandenprogramm eine Priorität. In Kooperation mit Kollegen der philosophischen Fakultät soll die Betreuung der Doktoranden von ZEFa stärker an die Universität Bonn, die sich ja als Forschungsuniversität mit hohen Ansprüchen und Ambitionen definiert, angebunden werden. Ausgehend von meinem akademischen und praxisbezogenen Hintergrund werde ich mich darum bemühen, die Zusammenarbeit zwischen ZEF und nationalen sowie internationalen Entwicklungsorganisationen zu stärken. Die Forschungsprojekte sollen sich mit Entwicklungsstrategien und mit Entwicklungsforschung als akademischer Disziplin beschäftigen. ZEF sollte eine führende Rolle in der Erarbeitung von Entwicklungskonzepten, in der Planung von Entwicklungsstrategien und in der Praxis der interdisziplinären Forschung spielen. Mein Ziel ist somit sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung mit praktischer Relevanz innerhalb des interdisziplinären Settings des ZEF durchzuführen. Dies soll aber mit klarer Ausrichtung auf Theorie- und Strategieentwicklung in der Entwicklungsforschung statt finden. ■

Das Interview führte Bernd Kuzmits vom ZEF.

Agrarpolitische Maßnahmen in Entwicklungsländern Asiens

Viele Entwicklungsländer haben seit 1995 aktiv an bilateralen und multilateralen Handelsgesprächen teilgenommen, hauptsächlich um der Welthandelsorganisation (WTO) beitreten zu können. Trotz dieser Entwicklungen ist noch wenig über die Auswirkungen von Protektionsmaßnahmen im Landwirtschaftssektor bekannt. Mit dem Ziel, in ausgewählten Ländern Asiens Agrarpolitiken nachzuvollziehen und den Schutz für landwirtschaftliche Produkte besser abschätzen zu können, hat das International Food Policy Research Institute (IFPRI) in Kooperation mit dem ZEF ein Projekt gestartet, das die Forschungslücke schließen und eine Grundlage für künftige handelsbezogene Analysen schaffen soll. Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) hat das Projekt finanziell unterstützt.

Um Protektion abschätzen zu können, werden zunehmend Produzentensubventionsäquivalente (PSEs) berechnet. Diese Methode wird von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verwendet. Für die OECD-Länder und seit kurzem auch für viele Transformationsländer werden die PSEs jährlich neu ermittelt. Die Anwendung dieser Methode auf Entwicklungsländer bringt eine Reihe von Herausforderungen mit sich. So können hohe Transak-

tionskosten oder Qualitätsunterschiede zwischen einheimisch und international gehandelten Gütern zu inadäquaten PSEs führen. Deshalb müssen länderspezifische Anpassungen von Referenzpreisen zur Berechnung von Protektionsmaßen vorgenommen werden.

Im Rahmen des Projektes wurden Studien über Indien, Indonesien und Vietnam erarbeitet, die Analysen über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Situation und Politik seit Mitte der 1980er Jahre beinhalten.

Empirische Ergebnisse aus Vietnam

Vietnam hat sich seit 1986 infolge von zahlreichen ökonomischen und handelspolitischen Reformen von einem zentral geplanten System hin zu einem marktwirtschaftlichen System entwickelt. Erste positive Reformergebnisse wurden in den frühen 90er Jahren sichtbar, als die Armut sank und der landwirtschaftliche Sektor anfang zu wachsen und eindrucksvolle Wachstumsraten im Export erzielte. Hier stellt sich die Frage, zu welchem Grad unterstützende Maßnahmen zu diesem Wachstum beigetragen haben. Es zeigte sich, dass die meisten Agrarprodukte in den 80er Jahren bis Mitte der 90er Jahre besteuert waren. Dies war hauptsächlich zurückzuführen auf Ineffizienz in der Produktion und Verar-

beitung landwirtschaftlicher Güter. Aber auch die Dominanz und Monopolstellung des staatseigenen Sektors, restriktive handelspolitische Maßnahmen wie Kontingente und Lizenzen für den Import und Export sowie verzerrte Märkte und Preise im Land spielten eine wichtige Rolle.

Der inländische Reformprozess und die Öffnung der Wirtschaft seit den frühen 90er Jahren beeinflusste die Lücke zwischen einheimischen und internationalen Preisen. Es scheint, dass in der vergangenen Dekade die Landwirtschaft in Vietnam zunehmend unterstützt wurde. Allerdings ist das Protektionsniveau verglichen mit anderen Ländern niedrig. Die detaillierten Ergebnisse über die Schlüsselprodukte und den Agrarsektor allgemein sind besonders bedeutend für Vietnam, da es die Verhandlungen über den Beitritt zur WTO vorantreibt. ■ Ulrike Grote und David Orden

Ulrike Grote (ZEF Senior Researcher) koordiniert das Projekt am ZEF und David Orden bei IFPRI (International Food Policy Research Institute in Washington).

Die im Rahmen dieses Projektes produzierten fünf Diskussionsbeiträge sind verfügbar unter www.ifpri.org und die Studie über Vietnam unter www.zef.de.

Facts & news

■ ■ ■ ZEF und INERA verstärken Kooperation in Burkina Faso

Das Zentrum für Entwicklungsforschung und das Institut für Umwelt- und Agrarforschung (INERA) in Burkina Faso haben ihre Zusammenarbeit intensiviert. Das Zentrum für Forschung und wissenschaftliche Bildung (CFRS) in Dano, bisher Ausgangsbasis für viele Forscher der beiden vom BMBF geförderte Projekte GLOWA-Volta und BIOTA West Afrika, wurde erweitert und erneuert. Das CFRS wurde finanziert von der Dreyer Stiftung und ist jetzt mit ausgezeichnetem technischem Equipment und mit höchst modernen Arbeitsbedingungen für 20 Personen ausgestattet.

Etwa 250 Menschen wohnten der offiziellen Eröffnungszeremonie in Dano im Dezember 2004 bei. Unter ihnen waren: der Minister für Bildung und Forschung von Burkina Faso, Herr



Über 250 Menschen wohnten der Eröffnung des neuen Forschungszentrums bei.

Laya Sawadogo, der Direktor der Dreyer Stiftung, Dr. Gisbert Dreyer, und Professor Paul Vlek, Geschäftsführender Direktor vom ZEF.

Am 22.3.2005 hat der TV-Sender 3sat in seinem Programm „nano“ über das Zentrum und das GLOWA-Volta-Projekt berichtet.

Kurz notiert

■ ■ ■ Zu dem Thema „Die Rolle von Labelling in Governance von internationalem Handel“ trafen sich 30 Vertreter von Wissenschaft, internationalen Organisationen, der Privatwirtschaft und Regierungsbehörden am 18. und 19. März 2005 im ZEF.

Besonderer Fokus war die Wirtschaftsperspektive der Entwicklungsländer. Die Konferenz wurde organisiert von Ulrike Grote (ZEF), Nancy Chau (Cornell Universität, USA) und Arnab Basu (William and Mary College, UK).

Wissenschaft und Politik reichen sich das Wasser in Bonn



Über 130 Teilnehmer aus 29 Ländern nahmen an der Konferenz teil.

Virtuelles Wasser spielte eine wichtige Rolle in den Diskussionen.

Über das Thema „Integrated Assessment of Water Resources and Global Change: A North-South Analysis“ diskutierten 130 Teilnehmer aus 29 Ländern auf einer internationalen Konferenz vom 23. bis 25. Februar 2005 in Bonn. Hauptorganisatoren waren das Global Water System Project (GWSP) und das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte GLOWA-Volta-Projekt, die beide im Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) angesiedelt sind.

Professorin Malin Falkenmark vom Internationalen Wasserinstitut in Stockholm forderte in ihrer Eröffnungsrede ein Umdenken, um das Hungerproblem des 21. Jahrhunderts wirksam zu bekämpfen. Auch betonte sie die Notwendigkeit, den Schwerpunkt beim Wassermanagement vom 'blauen' zum 'grünen' Wasser zu verlagern. Grünes Wasser bezeichnet das Wasser, das für die Produktion von Nahrungsmitteln verwendet wird.

Falkenmark wies darauf hin, dass die wachsenden Konsumansprüche des Nordens im Süden einen Wassermangel verursachen. Vor allem in trockenen Gebieten bildet der konkurrierende Wasserbedarf ein Dilemma für die Ernährungssicherung. Neue Untersuchungsergebnisse zeigen, dass Nahrungsmittelimporte für betroffene Länder dieser Gegenden wichtig sein können, besonders im Mittleren Osten und Nordafrika. Wasser, das sonst für die Produktion von Nahrungsmitteln eingesetzt würde, kann dann für andere Zwecke wie die Trinkwasserversorgung verwendet werden. Andere Länder müssen lernen, die Wasserknappheit durch ein besseres Management ihrer verfügbaren Wasserressourcen und ihres Wasserbedarfs zu bewältigen.

Laut Falkenmark sei dazu eine neue Generation von Wasserexperten notwendig. Diese sollten in der Lage sein, Wasserasspekte in Landnutzungsfragen besser zu integrieren.

Was die Wasserverfügbarkeit und -qualität angeht, ist die Kluft zwischen Nord und Süd immer noch groß. Das gleiche gilt für die Anwendung wissenschaftlicher Lösungen. Darum haben sich Forschungsprojekte wie das GLOWA-Volta-Projekt zum Ziel gesetzt, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene auf- und auszubauen. Eine enge Zusammenarbeit mit den Partnern vor Ort ist daher nach Einschätzung des GLOWA Volta Projektleiters und Geschäftsführers des ZEF, Professor Paul Vlek, unabdingbar. Seiner Meinung nach sollten Wissenschaftler die Rolle von Vermittlern übernehmen und den Partnern vor Ort eher wissenschaftliche Ergebnisse vorstellen als Entscheidungsrichtlinien aufdrängen. Hierdurch könnte auch eine Brücke zwischen Wissenschaftlern und Politikern geschlagen werden.

Auf der Konferenz wurden auch neue Modellansätze vorgestellt, die es erlauben, natürliche und menschliche Prozesse mit einander zu verbinden und damit besser zu verstehen. Eric Craswell, Geschäftsführer des Global Water System Project (GWSP), wies auf die große Bedeutung hin, neue wissenschaftliche Ansätze und praktische Methoden zu kombinieren. Die Konferenz machte deutlich, dass keine zufriedenstellenden Antworten und anwendbaren Lösungen auf lokaler Ebene gefunden werden können, solange die globale Skala nicht berücksichtigt wird. Außerdem können durch die zunehmende internationale Zusammenarbeit von Wasserforschungsprogrammen globale Beobachtungssysteme effektiver dafür eingesetzt werden, den globalen Klimawandel vorherzusagen. ■

Die Konferenz wurde finanziell von UNESCO, BMBF, der Landesregierung NRW sowie INWENT (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH) unterstützt.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF)
Universität Bonn
Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
ISSN: 1438-0943
Tel.: 0228 / 73 6124
Fax: 0228 / 73 5097
E-Mail: zef@uni-bonn.de
Homepage: www.zef.de

Redaktion: Ulrike Grote, Bernd Kuzmits, Christopher Martius, Alma van der Veen (V.i.S.d.P.)

Layout: Kava-Design, Irmgard Hofmann, Bonn

Druck: Rautenberg Media & Print Verlag KG, 53840 Troisdorf

Auflage: 3.000

ZEF news erscheint zweimal jährlich in Englisch und Deutsch und ist kostenlos zu beziehen